

EUROPÄISCHE VERTEIDIGUNG - EN MARCHE!

**KONKRETE IDEEN FÜR MEHR
INTEGRATION IN DER
EUROPÄISCHEN
VERTEIDIGUNGSPOLITIK**

VON

**LUDWIG BILLER, CHRISTIAN FREUDLSPERGER,
DOMINIC GOHLA, GESINE HÖLTMANN,
CHRISTIAN JESKE, KILIAN NEDELEC, PAUL VON
SALISCH, NIKOLAUS SCHEFFEL & ELYSSA SHEA**

INHALTSVERZEICHNIS

ZUSAMMENFASSUNG	2
1. DIE LAGE	3
2. DIE DREI SÄULEN DER EUROPÄISCHEN VERTEIDIGUNG.....	5
2.1. DAS EUROPEAN DEFENCE FRAMEWORK	5
AUSGANGSPUNKT: LIMITIERENDE FRAGMENTIERUNG.....	5
GEMEINSAME ENTWICKLUNG, BESCHAFFUNG, NUTZUNG	5
RAHMENNATIONEN UND SPEZIALISIERUNG	6
2.2. DIE EUROPÄISCHE CRISIS REACTION FORCE	6
AUSGANGSPUNKT: UNZUREICHENDE EINGRIFFSKAPAZITÄTEN	6
AUFBAU, STRUKTUR UND AUFGABEN	7
VERWALTUNG PER EUROPEAN DEFENCE FRAMEWORK	8
FINANZIERUNG.....	8
2.3. DER EUROPEAN NUCLEAR SHIELD	9
AUSGANGSPUNKT: DIE UNUMGÄNGLICHKEIT NUKLEARER ABSCHRECKUNG.....	9
LIMITIERUNGEN UND HANDLUNGSSPIELRÄUME.....	10
DAS KONZEPT DER MINIMALEN ABSCHRECKUNG.....	10
VERFASSERINNEN	11
POLIS180	13

ZUSAMMENFASSUNG

In einer Zeit, in der die NATO von innen und außen unter Druck steht, sollen die Vorschläge dieses Polis Papers die **EU als eigenständigen, handlungsfähigen Akteur innerhalb der Allianz** stärken. Wir schlagen dafür drei Säulen vor:

SÄULE 1: DAS EUROPEAN DEFENCE FRAMEWORK (EDF)

Erstens schlagen wir als befähigende Maßnahme eine Institution vor, die als gemeinsamer Dienstleister und Verwalter für Rüstungsprojekte dienen soll. Dem European Defence Framework kommt eine zentral administrative Rolle in der Koordinierung der bestehenden Rüstungsvorhaben in Europa sowie die eines Aufsehers bei der lückenlosen Deckung von Kapazitäten und Fähigkeiten der Streitkräfte der EU-Mitgliedstaaten zu. Das European Defence Framework kann letztendlich gemeinsame Infrastruktur und Rüstungsgüter verwalten.

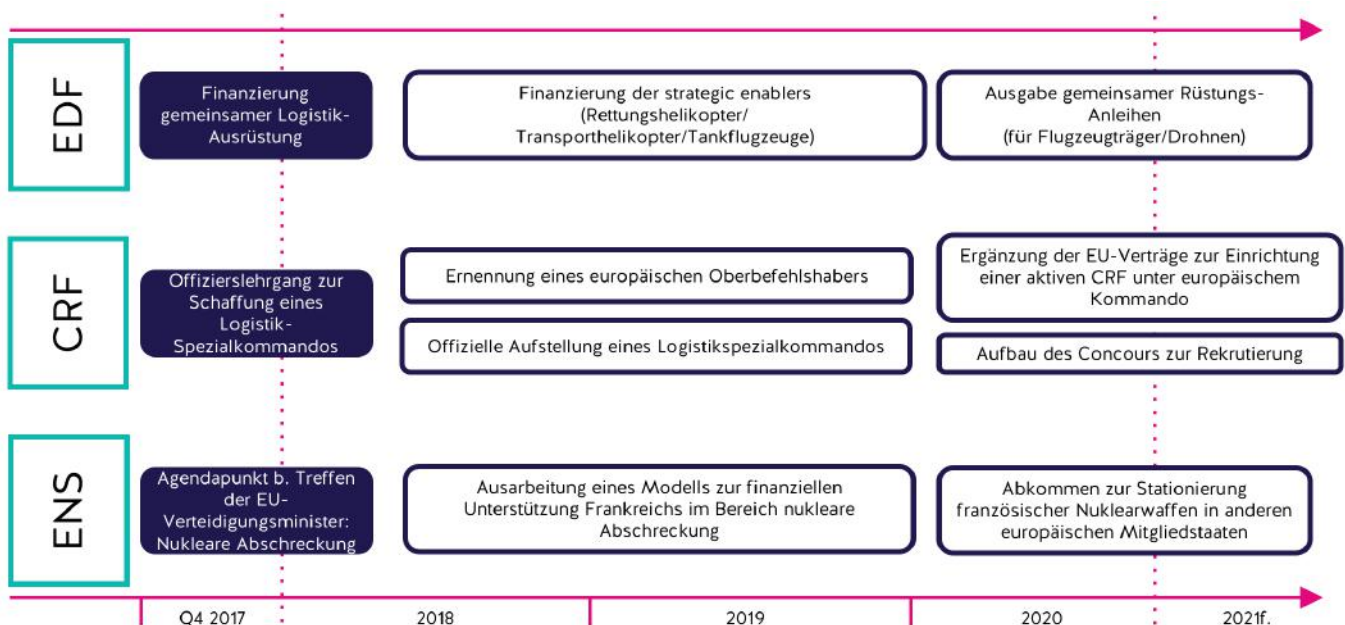
SÄULE 2: DIE EUROPÄISCHE CRISIS REACTION FORCE (CRF)

Zweitens würde die Aufstellung einer mit ständig bereitstehenden Soldaten ausgestatteten Crisis Reaction Force zusätzlich stabilisierend wirken. Um die essentiellen Charakteristika einer schnellen Eingreiftruppe zu gewährleisten, würde für eine Entsendung das Konsensprinzip zugunsten einer qualifizierten Mehrheitsentscheidung abgeschafft. Zudem würde das Personal der Crisis Reaction Force vollständig bei der EU angestellt und seine bisherige nationale Verantwortung aufgeben.

SÄULE 3: DAS EUROPEAN NUCLEAR SHIELD (ENS)

Drittens muss in Europa darüber diskutiert werden, wie abschreckende Fähigkeiten durch einen europäischen nuklearen Schutzschirm ermöglicht werden können. Vorschläge hierzu beinhalten eine Zuschussfinanzierung des französischen Nukleararsenals bei gleichzeitiger Integration von Trägersystemen in die nationalen Befehls- und Kontrollstrukturen, um nicht nur Kosten zu teilen, sondern auch Kontrolle über die Systeme und deren Einsatz.

Insbesondere an die deutsche und französische Regierung richten sich folgende konkrete Vorschläge für die nächsten fünf Jahre **im Rahmen einer Roadmap auf dem Weg zu einer vertieften europäischen Verteidigungskooperation**:



1. DIE LAGE

1.1. EINE EUROPÄISCHE UNION IN DER MULTIKRISE

Europa im Jahr 2017: Die EU scheint ein Jahr nach dem Brexit-Referendum vor der Bewältigung einer innen- und außenpolitischen Multikrise zu stehen. Neben europaweiten populistischen Anti-EU Bewegungen sieht sich die EU auch mit außenpolitischen Herausforderungen konfrontiert, die, wie etwa im Falle des Syrienkrieges und dem daraus resultierenden Flüchtlingsstrom, eine direkte Rückwirkung auf die europäische Innenpolitik haben.

Gleichwohl formiert sich in der bisher weitestgehend "integrationsresistenten" Verteidigungspolitik Unterstützung auf europäischer wie auch auf nationaler Ebene für mehr Integration¹. Vor diesem Hintergrund fordert dieses Polis-Papier zum Handeln für eine supranationale europäische Verteidigungspolitik auf und stellt in drei Dimensionen Schritte dar, wie die EU als selbstverantwortlicher und eigenständiger Akteur durch mehr Integration in diesem Politikfeld aus den gegenwärtigen Krisen herausgeführt werden kann.

Die Zeit ist reif für einen großen Wurf. Mit der Wahl Emmanuel Macrons ist ein bedeutender Befürworter von mehr gemeinsamer europäischer Verteidigung Präsident des militärisch rein zahlenmäßig wichtigsten europäischen Staates geworden. Mit Großbritannien verlässt hingegen ein in diesem Gebiet traditionell integrationshemmendes Land die Europäische Union. Die EU muss auf die geopolitischen Krisen in ihrer Peripherie adäquat reagieren können und den bröckelnden Zusammenhalt in der NATO kompensieren. Für die EU ist daher die Emanzipation hin zu einem eigenständigen Sicherheitsakteur und die proaktive Etablierung von Handlungsfähigkeit von elementarer Bedeutung. Das Ziel sollte die Schaffung einer befähigenden Dimension mit europäisierter Beschaffungs- und Rüstungspolitik, einer schützenden Dimension mit Etablierung einer ständigen Crisis Reaction Force und einer abschreckenden Dimension mit europäischem Nuklearschirm sein.

¹ Eurobarometer, 2017: http://europa.eu/rapid/press-release_IP-17-1516_en.htm; ECFR EU Coalition Builder, 2017: <http://www.ecfr.eu/eucoalitionexplorer>

1.2. ÜBER HANDLUNGSUNFÄHIGKEIT UND MISSTRAUEN: HERAUSFORDERUNGEN DER EU IN DER VERTEIDIGUNG

In den vergangenen Jahren hat die europäische Außen- und Verteidigungspolitik in diesem traditionell von den Nationalstaaten dominierten Politikfeld eine gewisse Eigenständigkeit erlangt und versucht, auch über ihre Grenzen hinaus zu wirken. Ohne sich strategische Interessen und Ziele zuzugestehen und diese mit adäquaten militärischen Ressourcen zu untermauern, bleibt die EU als Akteur jedoch häufig hinter ihrem normativen Anspruch zurück.

Das sicherheitspolitische Dilemma der EU zeigt sich dabei zum einen in der Handlungsunfähigkeit durch fehlende oder fragmentierte europäische Kapazitäten. Zum anderen begibt sich die EU in ihrem einseitigen Fokus auf das transatlantische Bündnis in eine übermäßige Abhängigkeit von der Verlässlichkeit ihrer Partner.

Die Handlungsunfähigkeit der EU als eigenständiger Akteur hat sich nirgends so deutlich gezeigt wie im Arabischen Frühling und den daraus resultierenden Folgekonflikten in der direkten europäischen Peripherie. Nach Differenzen unter den Mitgliedsländern während des Sondergipfels zur Libyen-Krise am 11. März 2011 übernahm letztendlich die NATO die militärische Intervention in Libyen im Rahmen der UN-Resolution 1973. Auch der syrische Bürgerkrieg zeigt die doppelte Handlungsunfähigkeit der EU, die sich weder auf eine gemeinsame Strategie einigen kann, noch die notwendigen Instrumente besäße, um Vorschläge, wie etwa sichere Rückzugsräume für die Zivilbevölkerung (safe havens), in die Tat umzusetzen.

Neben der eigenen Handlungsunfähigkeit der europäischen Staaten muss auch die Verlässlichkeit ihrer Partner hinterfragt werden. Die Türkei hat in der vergangenen Zeit einen rasanten Verfall demokratischer und freiheitlicher Normen erlebt. Nicht zuletzt die Weigerung der türkischen Regierung, deutschen Parlamentariern Zugang zu den deutschen Soldaten im türkischen Stützpunkt Incirlik zu gewähren, hat das Vertrauensverhältnis nachhaltig belastet. Auch die nur zögerlich und verspätet erfolgte Bekräftigung von Artikel

EUROPÄISCHE VERTEIDIGUNG – EN MARCHÉ!

KONKRETE IDEEN FÜR MEHR INTEGRATION IN DER EUROPÄISCHEN VERTEIDIGUNGSPOLITIK

5 des Nordatlantikvertrags zur kollektiven Verteidigung durch die US-amerikanische Regierung rüttelt an den Grundfesten der NATO. Es ist mehr als fraglich, ob eine erfolgreiche Zusammenarbeit innerhalb der Allianz ohne eine gemeinsame Werte- und Interessensbasis unter zunehmendem Druck funktionieren kann. Zudem erwachsen Zweifel an der amerikanischen Bündnistreue unter einem Präsidenten, der die NATO weitestgehend transaktional versteht. Die europäische Antwort auf diese internen und externen Herausforderungen darf kein Zögern und Zaudern ob des politischen Widerstands anti-europäischer Minderheiten zulassen, sondern kann nur der Impuls für mutige Schritte nach vorne sein.

1.3 ZEIT FÜR DEN GROSSEN WURF: EMANZIPATION UND HANDLUNGSFÄHIGKEIT FÜR EINE WERTEGELEITETE INTERESSENPOLITIK

Dieses Polis Paper stellt einen umfassenden Ansatz für eine gemeinsame europäische Verteidigungspolitik vor. Nicht, weil mehr europäische Integration als Selbstzweck zu sehen ist, sondern weil nur so Frieden in Europa langfristig bewahrt werden kann.

Die europäischen Interessen äußern sich jedoch nicht, in Anlehnung an Präsident Trumps „America First“, in einem „EU First“. Die EU bleibt sich in ihrer Verpflichtung zu multilateraler Kooperation sowie dem Bekenntnis zur „soft power“ treu. Doch auch der Präsident der Europäischen Kommission Jean-Claude Juncker bemerkte: „Europa ist in erster Linie eine Soft Power. Aber auch die stärkste Soft Power kann langfristig nicht ohne ein Mindestmaß an integrierten Verteidigungskapazitäten auskommen“². Um die bisherige Handlungsunfähigkeit zu beheben, muss eine integrierte europäische Verteidigungspolitik gemeinsame Kapazitäten aufbauen, welche die Übernahme von Verantwortung für den eigenen Schutz und die Stabilisierung des Umfeldes im Krisenfall ermöglichen. Das Konzept, die Zivilmacht Europa mit einem militärischen Arm auszustatten, ist nicht neu, diente bislang jedoch hauptsächlich als Mittel zum integrativen Zweck. Stattdessen gilt es nun aus den bürokratischen Einzelvorhaben, welche die gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik konstituieren, einen kohärenten

Rahmen für ein einheitliches Sicherheitsverständnis zu schaffen – mit anderen Worten, der Sicherheitsunion Substanz zu verleihen.

Das Ziel ist die Emanzipation der EU hin zu einem eigenständigen Akteur in der Außen- und Verteidigungspolitik. Das Verhältnis innerhalb der NATO soll sich – auch durch erhöhte Rüstungsausgaben auf europäischer Seite – zu einer Kooperation auf Augenhöhe wandeln. Dies bedeutet jedoch keine Abkehr der EU von der NATO, lediglich ein neues Aushandeln der Partnerschaft. Anstelle fragmentierter Mitglieder stünde in der NATO ein ungleich stärkeres – die geeinte Europäische Union. Die EU kann somit angesichts zeitweise unzuverlässiger Partner unabhängiger agieren und die Werte der Allianz effektiver schützen. Gleichzeitig wird dieses angestrebte Verhältnis zwischen EU und NATO den notwendigen Spielraum schaffen, um die bisherige Fragmentierung der europäischen Vorhaben zur Verteidigungs- und Rüstungskoordination zu beheben und einen kohärenten Rahmen für die zukünftige Entwicklung zu schaffen.

Ein neuer Anlauf zu europäischer Verteidigungskooperation hat das Ziel, die EU als eigenständigen Akteur zu etablieren und ihre Handlungsfähigkeit herzustellen. Die in diesem Papier formulierten Ideen stellen an die Mitgliedstaaten der EU bedeutende Anforderungen, bieten aber auch eine Basis für stärkeren europäischen Zusammenhalt und können einen Ausgangspunkt für weitere Integrationsdynamiken bieten. Sie sind Forderungen an die nationale Politik zu mehr Mut und Ambition in einem für Veränderung günstigen Zeitfenster nach der Wahl Emmanuel Macrons zum französischen Präsidenten. Frankreich, mit dem Abschied Großbritanniens aus der EU die herausragende Militärmacht der Union, und Deutschland als wirtschaftlich dominanter Akteur, kommen dabei besondere Rollen zu. Nur angetrieben durch den deutsch-französischen Motor kann wirkungsvoll Bewegung in das Projekt der europäischen Verteidigung gebracht werden. Auch hier gibt es Grund zum Optimismus. In der deutschen Politik wächst zunehmend die Erkenntnis, dass ein intensivierter militärischer Beitrag innerhalb und außerhalb Europas nötig ist, wie aktuell durch das Engagement der Bundesrepublik in Litauen und Mali deutlich wird. In Frankreich übernimmt mit Emmanuel Macron ein dezidiert pro-europäischer Präsident die Führung, der mehrfach seine Vision eines „starken Frankreichs in einem schützenden Europa“ dargestellt hat und Initiativen in diesem Politikfeld explizit unterstützt.

² Jean-Claude Juncker, 2014:
https://ec.europa.eu/commission/sites/beta-political/files/juncker-political-guidelines-speech_de_1.pdf

Die Ansätze in diesem Polis-Papier sind weitreichend und fordern sowohl Politik als auch die Öffentlichkeit heraus. Doch die Zeit ist reif für Fortschritt. Nur durch

vorausschauende und proaktive Politik kann sich die EU den Herausforderungen der Zukunft stellen und ihren Integrationsprozess mit neuem Leben füllen.

2. DREI SÄULEN DER EUROPÄISCHEN VERTEIDIGUNG

2.1. DAS EUROPEAN DEFENCE FRAMEWORK

Ausgangspunkt: Limitierende Fragmentierung

Die europäische Außenpolitik ist ein Spannungsfeld verschiedener nationaler Herangehensweisen und wird dies perspektivisch auch bleiben. Mitgliedstaaten verfolgen zum Teil divergierende Interessen, verfügen über unterschiedliche geografische Schwerpunkte und haben historisch gewachsene und nicht immer kompatible strategische Kulturen. Die Mitgliedstaaten sehen Kontrolle über dieses Politikfeld als Kern ihrer nationalen Souveränität. Deshalb gilt es eine zentrale Rolle für die EU zu finden, die gemeinsame Interessen bestmöglich unterstützt. Politische Offenheit hierfür gab es in der Vergangenheit insbesondere in der Koordination von Logistik und geteilten Ressourcen, sowie in der gemeinsamen Rüstungsbeschaffung. Diese Aufgabenbereiche sollten deshalb auch die Basis für weitere Integration bilden.

Bereits jetzt gibt es mit der Europäischen Verteidigungsagentur (EDA) und der EU-unabhängigen Gemeinsamen Organisation für Rüstungskoordination (OCCAR) europäische Institutionen in diesem Aufgabenfeld. Eine Vielzahl weiterer aktueller Konzepte, wie der Ende 2016 von der Kommission vorgeschlagene „European Defence Fund“, bauen hierauf auf, und wären ein bemerkenswerter Fortschritt, sollten sie zügig umgesetzt werden. Trotzdem gleichen das Institutionengefüge und die verschiedenen Kooperationsansätze im Verteidigungsbereich eher einem unstrukturierten Verteidigungskomplex, als einem kohärenten Ganzen. Entsprechend unübersichtlich sind die institutionellen Rollen, Zusammenhänge und Zuständigkeiten. Der bisherige Pragmatismus des Machbaren hat nicht zu einer umfassenden Lösung geführt, sondern zu

Bürokratismus und Nischendenken. Dies gilt es in einer Neukonzipierung durch Kohärenz zu überwinden.

Gemeinsame Entwicklung, Beschaffung, Nutzung

Ein European Defence Framework, initiiert durch die Ständige Strukturierte Zusammenarbeit (PESCO), kann diese gesamtheitliche Lösung liefern. Als gemeinsamer Dienstleister für Rüstungsprojekte, die Verwaltung gemeinsam genutzter Infrastruktur und Ressourcen, sowie für allgemeine Koordinierungs- und Unterstützungsaufgaben, kann das European Defence Framework Keimzelle für einen sukzessiven Aufbau von Kapazitäten zum gemeinsamen Handeln werden.

In seiner Anfangsphase wird das European Defence Framework in einer umfassenderen Form des initiierten Coordinated Annual Review on Defence (CARD) primär der gemeinsamen Evaluierung von Bedarf und Anforderungen der Mitgliedstaaten dienen und daraus erwachsene Beschaffungsprojekte koordinieren. Da dies Synergieeffekte bei den Aufgaben der EDA und OCCAR nach sich zieht, kann eine sukzessive Eingliederung dieser Organisationen und Übernahme bestehender Projekte durch das European Defence Framework angestrebt werden, wobei flexible Lösungen auch für die Beteiligung von Nicht-EU-Partnern gefunden werden sollten.

Im zweiten Schritt sollte sich das European Defence Framework selbst an Rüstungsprojekten beteiligen und Rüstungsgüter auf Leasing-Basis Mitgliedstaaten zur Verfügung stellen. Dies kann sich an bestehende Lösungen innerhalb der EU und darüber hinaus anlehnen. So setzten bspw. die kanadischen Streitkräfte von der Bundeswehr geliehene Leopard-Panzer in Afghanistan ein und auch im Rahmen der

EUROPÄISCHE VERTEIDIGUNG – EN MARCHÉ! KONKRETE IDEEN FÜR MEHR INTEGRATION IN DER EUROPÄISCHEN VERTEIDIGUNGSPOLITIK

Modernisierung griechischer Leopard-Panzer ist ein vergleichbares Modell vorgesehen. Ein Defence Framework würde auch die gemeinsame Nutzung von Fracht- oder Betankungsflugzeugen vereinfachen, die derzeit im Behördengeflecht aus EDA, OCCAR und der NATO-Agentur NSPA im Rahmen der Multinational Multi-Role Tanker Transport Fleet (MMF) auf Umsetzung wartet. Langfristig können so nicht nur die ineffiziente Vielfalt europäischer Waffensysteme reduziert und gemeinsame Standards und Schnittstellen etabliert, sondern auch ein gemeinsamer europäischer „Fuhrpark“ aufgebaut werden.

Rahmennationen und Spezialisierung

Als zweites Standbein des Frameworks sollte das Rahmennationenkonzept der NATO als europäisches Format für Zusammenarbeit adaptiert werden. Mit dem Rahmennationenkonzept versucht die NATO auf die Problematik von wachsenden individuellen Fähigkeitslücken in Zeiten kleiner werdender nationaler Armeen einzugehen. Nach dem Prinzip „Tiefe statt Breite“ spezialisieren sich Staaten dabei auf einige wenige Fähigkeiten und integrieren diese mit breiter aufgestellten Rahmennationen.

Das European Defence Framework sollte dieses Konzept übernehmen und ausbauen. Während die Nationalstaaten weiterhin die endgültige Entscheidungshoheit behalten, würde das European Defence Framework eine zentrale administrative Rolle übernehmen. Mitgliedstaaten würden ihre angestrebten Fähigkeitsprofile an das EDF melden, welches die Anforderungen koordinieren, Vorschläge zur Vermeidung von unnötigen Mehrfachabdeckungen durch die Etablierung von FNC-Clustern machen und gemeinsame Anschaffungsprojekte organisieren würde.

Durch das European Defence Framework kann zum ersten Mal eine wirklich gesamtheitliche Planung der Kapazitäten und Fähigkeiten der Streitkräfte der EU-Mitgliedstaaten ermöglicht werden. Von zentraler Stelle werden Rüstungsprojekte koordiniert und finanziell unterstützt. Zudem kann auf zentral verwaltete Materialbestände zurückgegriffen werden. Durch die Rahmennationen-Cluster und die gemeinsame Materialbasis kann so über eine schrittweise engere Integration nationaler Streitkräfte nicht nur die militärische Handlungsfähigkeit Europas gesteigert werden, sondern auch eine Keimzelle für die langfristige

Etablierung gemeinsamer europäischer Streitkräfte geschaffen werden.

2.2. DIE EUROPÄISCHE CRISIS REACTION FORCE

Ausgangspunkt: Unzureichende Eingriffskapazitäten

Die zweite, stabilisierende Säule soll die EU auch über ihre Außengrenzen hinaus handlungsfähig machen, wobei der Fokus auf Krisen im regionalen Umfeld liegt. Die Notwendigkeit einer europäischen Crisis Reaction Force ergibt sich dabei aus der Ineffizienz bestehender Eingreiftruppen mit europäischer Beteiligung. So konzentriert sich die NATO in Europa seit 2014 vorrangig auf Landes- und Bündnisverteidigung an der Ostgrenze des Kontinents. Allerdings ist eine schnelle Verfügbarkeit von Kräften der hierfür vorgesehenen Speerspitze, der Very High Readiness Joint Task Force (VJTF), innerhalb eines Zeitrahmens von 48 bis 72 Stunden nicht sichergestellt, da die Einheiten teilweise durch die beteiligten EU-Mitgliedstaaten in anderen Einsätzen verwendet werden. Zudem führt die Beteiligung von Nicht-EU-Mitgliedstaaten in der VJTF zu einem Agenda-Setting, das nicht alle europäischen Interessen, sondern primär jene der Landes- und Bündnisverteidigung abdeckt. Die EU verfügt mit den EU Battle Groups (EU BG) über eine eigene rotierende Zusammenstellung von Kräften beteiligter Mitgliedstaaten. Jeder Einsatz erfordert jedoch, genau wie bei der NATO, eine einstimmige Entscheidung aller Mitgliedstaaten. Dadurch reduzieren sich Wahrscheinlichkeit und insbesondere Schnelligkeit einer Aktivierung, die für eine flexible Eingreiftruppe aber unabdingbar sind. Die Notwendigkeit der Konsensfindung ist auch ein Grund dafür, dass bislang noch kein Einsatz der EU BG stattgefunden hat.

Das Eurokorps, dem Deutschland, Frankreich, Belgien, Spanien, Luxemburg und Polen angehören, kann durch die 1.000 Soldaten, die dauerhaft in Straßburg verortet sind, zwar Führungsfähigkeiten aufweisen, jedoch stößt es auch beim schnellen Einsatz von Truppen an seine Grenzen, da die nationalen Entscheidungsmechanismen zeitintensiv und die zu mobilisierenden Streitkräfte nicht umgehend verfügbar sind.

Es zeigt sich, dass die Ineffizienz der NATO VJTF, EU BG und des Eurokorps vor allem in strukturellen Problemen begründet ist, die es durch die Crisis Reaction Force zu überwinden gilt. Notwendig sind

EUROPÄISCHE VERTEIDIGUNG – EN MARCHE!

KONKRETE IDEEN FÜR MEHR INTEGRATION IN DER EUROPÄISCHEN VERTEIDIGUNGSPOLITIK

daher eine verbesserte Handlungsfähigkeit durch einfachere Entscheidungsprozesse und -strukturen sowie eigenes, ständig verfügbares Personal. Nur so kann die EU die Fähigkeit erhalten, angesichts zunehmender Krisen im Europäischen Umfeld autonom zu handeln. Dieser militärische Ausbau der EU bedeutet dabei keinen Wandel weg von den einzigartigen nicht-militärischen Fähigkeiten und Erfahrungen, auf die die „soft power“ Europa in der Vergangenheit gebaut hat. Stattdessen ist das Ziel, den Staatenverbund zu einem Sicherheitsakteur zu machen, der den vernetzten Ansatz ziviler und militärischer Mittel im Kern seiner strategischen Identität trägt.

Aufbau, Struktur und Aufgaben

Der gleichen pragmatischen Logik des European Defence Framework folgend, sollte der Anfang der Crisis Reaction Force zunächst von einer kleinen, gewillten Gruppe von Mitgliedstaaten gemacht werden, wobei maximale Offenheit gegenüber weiteren interessierten Staaten selbstverständlich ist. Aufbauend auf die bisherigen Handlungsvorschläge und grundsätzliche Bereitschaft beider Staaten zur Vertiefung der europäischen Integration in diesem Bereich, sollten Frankreich und Deutschland eine Initiativrolle als *primi inter pares* einnehmen, wobei ein Interesse Italiens, der Benelux-Staaten und auch der baltischen Staaten an einer Teilnahme denkbar ist. Ebenso wie beim European Defence Framework ist es dabei unumgänglich, dass die grundsätzliche Verteidigungshoheit bei den Mitgliedstaaten verbleibt. Die Crisis Reaction Force ist nicht als europäische Ablösung nationaler Streitkräfte gedacht, sondern als schnelle Eingreiftruppe für Krisensituationen im gesamteuropäischen Interesse.

Gemäß Art. 42 Abs. 2 EUV sieht der Vertrag von Lissabon bereits die Entwicklung einer „gemeinsamen Verteidigung“ vor. Dadurch wird allerdings noch keine umfassende Kompetenz der EU zur Aufstellung einer supranationalen Eingreiftruppe begründet. Auch die Ständige Strukturierte Zusammenarbeit (PESCO) sieht lediglich eine intergouvernementale Zusammenarbeit mit nationalen bzw. multinationalen Truppenverbänden vor. Insoweit sind die vorhandenen Regelungen als Ansatzpunkt für eine notwendige Vertragsergänzung zu verstehen, um eine europäische Kompetenz für eine Crisis Reaction Force zu schaffen.

Aus deutscher Sicht ist zu beachten, dass der wehrverfassungsrechtliche Parlamentsvorbehalt vom

Bundesverfassungsgericht in der Vergangenheit als „integrationsfest“ deklariert wurde, sodass der konkrete Einsatz deutscher Streitkräfte konstitutiv von der Zustimmung des Bundestages abhängt – ein Umstand, der auch nicht durch Vertragsänderungen beseitigt werden kann. Ausdrücklich zulässig ist nach dem BVerfG aber „eine technische Integration eines europäischen Streitkräfteeinsatzes über gemeinsame Führungsstäbe, [...] die Bildung gemeinsamer Streitkräftedispositive oder [...] eine Abstimmung und Koordinierung gemeinsamer europäische Rüstungsbeschaffungen“ (BVerfG 123, 267, 361). Hier hingegen soll eine kleine europäische Truppe vorgeschlagen werden, sodass es sich explizit nicht mehr um „deutsche Streitkräfte“ handelt. Um den demokratietheoretischen Sinn und Zweck des Parlamentsvorbehalts aber nicht zu untergraben, müsste dementsprechend ein „europäisierter Parlamentsvorbehalt“ eingeführt werden.

Auf exekutiver Ebene sollten die Verteidigungsminister der beteiligten Mitgliedstaaten einen Ministerrat bilden, dem die Mandatsformulierung für alle Einsätze der Crisis Reaction Force obliegt. Um die für eine schnelle Eingreiftruppe notwendige schnelle Beschlussfähigkeit zu sichern, hat der Rat mit qualifizierter Mehrheit zu entscheiden. Die Befehls- und Kommandogewalt soll bei einem zu wählenden europäischen Oberbefehlshaber liegen. Die parlamentarische Kontrolle wird durch einen Teil des Europäischen Parlaments, bestehend aus den Abgeordneten der an der Crisis Reaction Force beteiligten Staaten, wahrgenommen. Die Kontrolle besteht aus der Zustimmung zum Einsatzmandat des Ministerrates (bzw. seiner Ablehnung), die ebenfalls mit Zweidrittelmehrheit zu treffen ist. In Fällen militärischer Dringlichkeit kann, in Anlehnung an die Kriterien der Rechtsprechung des BVerfG, das Parlament auch eine nachträgliche Zustimmung aussprechen bzw., soweit der Einsatz bereits abgeschlossen ist, lediglich umfassend unterrichtet werden.

Das Mandat der Crisis Reaction Force sollte sich im Rahmen der in Art. 43 Abs. 1 EUV niedergelegten Ziele bewegen, die auch die sog. Petersberg-Aufgaben beinhalten. Insofern könnte ein Mandat folgende Aufgaben umfassen: humanitäre und Rettungseinsätze, militärische Beratung und Unterstützung, Konfliktverhütung und Erhaltung des Friedens; sowie Kampfeinsätze im Rahmen der Krisenbewältigung einschließlich Frieden schaffender Maßnahmen und Operationen zur Stabilisierung der Lage nach Konflikten. Es handelt sich hierbei um Maßnahmen, die sowohl peace building, peace keeping als auch peace

EUROPÄISCHE VERTEIDIGUNG - EN MARCHÉ!

KONKRETE IDEEN FÜR MEHR INTEGRATION IN DER EUROPÄISCHEN VERTEIDIGUNGSPOLITIK

enforcement darstellen können und dabei zivile und militärische Mittel einschließen. Um eine schnelle Einsatzfähigkeit zu ermöglichen und nationale Blockaden über Parlament oder Ministerrat auszuschließen, sind bestimmte Szenarien humanitärer und militärischer Einsätze bereits durch Vertragsschluss bei Einrichtung der Crisis Reaction Force zu genehmigen, etwa in Befreiungs- und Rettungsaktionen für europäisches Personal und in humanitären Einsätzen wie der Katastrophenhilfe und Friedensüberwachung. Der konkrete Mehrwert der Crisis Reaction Force besteht also darin, schneller als bisher möglich in einer Krise reagieren zu können und dabei trotzdem mit einem robusten, demokratisch legitimierten Mandat auf der Basis europäischer Werte ausgestattet zu sein.

Verwaltung per European Defence Framework

Mit Blick auf Effizienz- und Synergieeffekte in der Verwaltung und Beschaffung der Crisis Reaction Force sollte die weitere Bildung von Doppelstrukturen konsequent vermieden werden. Ausgehend von einer Koordination durch das European Defence Framework sollte die Administration der Crisis Reaction Force deshalb durch eine in dieser Institution integrierten Abteilung geschehen.

Hinsichtlich des Personals ist die Crisis Reaction Force zunächst maßgeblich auf ihre Gründungsstaaten angewiesen. Mit der Beteiligung verpflichten sich die teilnehmenden Staaten, eine bestimmte Anzahl von Offizieren und administrativen Kräften zum Aufbau der Leitungsebene an die Crisis Reaction Force abzutreten, um eine rasche, qualifizierte und effektive Steuerung der Eingreiftruppe zu gewährleisten. Somit wird in diesem Rahmen auch die derzeit geplante Einführung einer europäischen Offiziersausbildung realisierbar.

Das ausgewählte Personal tritt dabei vollständig in die Crisis Reaction Force ein und verlässt seine bisherige nationale Verantwortung. Nachträglich beitretende Mitgliedstaaten werden zudem gleichermaßen zur Abtretung von Leitungspersonal verpflichtet, um eine ausgeglichene Beteiligung zu erreichen. Die personelle Ausstattung der operativen Ebene der Crisis Reaction Force basiert auf einem Concours in Anlehnung an das bereits bestehende Verfahren innerhalb der EU-Administration. Dabei können sich Staatsbürger aus allen an der Crisis Reaction Force teilnehmenden Staaten bewerben, über eine Aufnahme entscheidet die fachliche Qualifikation. Eigene Ausbildungseinrichtungen bzw.

eine Kooperation mit den Einrichtungen beteiligten Staaten ist anzustreben. Als "Europäer in Uniform" ist das rekrutierte Personal vollständig bei der Crisis Reaction Force und EU angestellt – eine weitere vertragliche Bindung an beispielsweise die Bundeswehr oder andere staatliche Behörden ist unzulässig.

Um als Einheit schnell, effektiv und effizient eingreifen zu können, sollte auch die Beschaffung der Crisis Reaction Force vollständig in das European Defence Framework integriert sein. Die Crisis Reaction Force wird dabei gänzlich unabhängig von den Nationalstaaten aus dem Materialpool des European Defence Framework ausgestattet und kann sich selbst versorgen.

Finanzierung

Die Finanzierung der europäischen Verteidigung muss durch eine Erweiterung der Lastenverteilung verbessert werden. Das aktuelle System hat in der Vergangenheit finanzschwache Mitgliedsländer gehindert, an europäischen Militärmissionen teilzunehmen, da die Kosten nach dem Verursacherprinzip verteilt und direkt von den teilnehmenden Mitgliedstaaten getragen werden (abgesehen von 10-15 Prozent gemeinsamer Kosten, die durch den Athena Mechanismus getragen werden). Die EU benötigt ein System, welches ermöglicht, die Einsätze durch gemeinsame Finanzierung zu organisieren. Dadurch wäre es allen Mitgliedstaaten erlaubt, sich stärker zu engagieren.

Der erste Schritt zur Erreichung dieses Ziels wäre eine Ausweitung der gemeinsamen Kosten, die bislang durch den Athena-Mechanismus finanziert werden, zu dem alle Mitgliedstaaten außer Dänemark basierend auf ihrem jeweiligen BIP beitragen. Insbesondere die Einsatzkosten der CRF sollten vollumfänglich übernommen werden. Großbritannien, bislang stets ein Gegner von gemeinschaftlichen Kostenübernahmen im Verteidigungsbereich, fällt im Zuge des Brexit als Opponent weg. Dies birgt die Chance, zukünftig einen wesentlich inklusiveren Athena-Mechanismus zu etablieren. Die Idee, dass Einsatzkosten nur von den beteiligten Mitgliedstaaten zu tragen sind, was bisher zu einem merklichen Mangel an laufender Finanzierung geführt hat, sollte der Vergangenheit angehören.

Ein zweiter und langfristiger Schritt zu größerer Lastenteilung ist die Ausgabe von europäischen Anleihen (defence bonds) für die Verteidigung. Durch gemeinsame Anleihen wären kleinere Staaten nicht mehr durch höhere Zinsen bei der Aufnahme von nationalen

EUROPÄISCHE VERTEIDIGUNG - EN MARCHÉ!

KONKRETE IDEEN FÜR MEHR INTEGRATION IN DER EUROPÄISCHEN VERTEIDIGUNGSPOLITIK

Schulden zur Finanzierung von Verteidigungsausgaben benachteiligt. Stattdessen wäre die Schuldenlast gerechter auf alle teilnehmenden Mitgliedstaaten verteilt. Europäische Verteidigungsanleihen würden es den Ländern zudem ermöglichen, ihre Ausgaben über einen längeren Zeitraum zu finanzieren und notwendige Investitionen sofort zu tätigen, um den, auch in den Militärausgaben vorhandenen, Investitionsstau zu überwinden. Zusätzlich könnte die Europäische Investitionsbank selbst Verteidigungsanleihen ankaufen, um in langfristige Rüstungsprojekte und konkrete Einsätze des CRF zu investieren. Durch diesen mehrschichtigen Ansatz der Lastenteilung kann die EU eine zentrale Ursache ihrer kollektiven Handlungsunfähigkeit lösen.

Szenario 1: Schnelle Evakuierung von Unionsbürgern

In einem nordafrikanischen Staat spitzt sich die politische Lage über Nacht zu: Milizen dringen überfallartig aus dem südlichen Nachbarstaat zur Hauptstadt des Landes vor. Nachrichtendienstliche Analysen stellen eine erhebliche Gefahr für die Zivilbevölkerung fest. Da durch Vertragsschluss Rettungseinsätze zur Evakuierung von Unionsbürgern von vornherein genehmigt sind, kann der europäische Oberbefehlshaber der Crisis Reaction Force noch am gleichen Tag mit dem Einverständnis der Regierung des nordafrikanischen Staates europäische Streitkräfte entsenden. Das in diesem Fall erweiterte Mandat umfasst die Sicherung der Zivilbevölkerung durch die Schaffung von safe zones und die Evakuierung der in der Hauptstadt befindlichen Unionsbürger, die in den diplomatischen Vertretungen Schutz gesucht haben.

Szenario 2: Bevorstehender Genozid auf dem Balkan

Nach monatelang friedlichen, regionalen Protesten gegen die pro-russische Ausrichtung der national-konservativen Regierung Sinistriens kommt es in der Hauptstadt zu gewalttätigen Auseinandersetzungen zwischen Regierungsgegnern und -unterstützern. Die Polizei schreitet zunächst nicht ein; nach weiteren Tagen der Eskalation zieht die Regierung jedoch das Militär hinzu und beendet unter dem Einsatz von Waffengewalt und mit Todesfolgen die Proteste inmitten der Hauptstadt. Anschließend greift das Militär hart gegen Befürworter der Opposition in einigen Regionen des Landes durch: hunderte Unterstützer, zu großen Teilen Mitglieder einer ethnischen Minderheit, werden

festgenommen und für die Unruhen verantwortlich gemacht. Über Social-Media-Kanäle erfährt die europäische Öffentlichkeit von systematischen Folterungen und Vergewaltigungen. Mehrere Dörfer und Kleinstädte werden durch das Militär zerstört und die dort lebende Bevölkerung aufgrund ihrer ethnischen Zugehörigkeit ermordet.

Die Mitglieder des CRF-Rates entschließen sich, dem nunmehr drohenden Völkermord in ihrer unmittelbaren Nachbarschaft nicht tatenlos zuzusehen und innerhalb von 48 Stunden Streitkräfte der CRF in das betroffene Gebiet zu entsenden. Der Einsatz wird durch eine Resolution der UN-Generalversammlung unterstützt. Die Streitkräfte haben den primären Auftrag, die Bevölkerung vor den Angriffen des Militärs zu schützen. In den ersten Tagen wird eine Flugverbotszone durchgesetzt und es gelingt der Eingreiftruppe, das Militär Sinistriens aus den umkämpften Gebieten zurückzudrängen. Gleichzeitig verhandelt die EU auf diplomatischer Ebene über eine Waffenruhe mit dem Regime.

2.3. DER EUROPEAN NUCLEAR SHIELD

Ausgangspunkt: Die Unumgänglichkeit nuklearer Abschreckung

Die dritte Säule betrifft die nukleare Abschreckung. Der Status quo, die Teilhabe am US-Atomschild, birgt einerseits Risiken hinsichtlich der transaktionalen Herangehensweise an Sicherheitsgarantien des aktuellen Präsidenten, seiner notorischen Unzuverlässigkeit und seiner normativen Flexibilität. Andererseits limitiert die Abhängigkeit von den USA auch die Verhandlungsmöglichkeiten der EU gegenüber Russland, inklusive möglicher Abrüstungsinitiativen. Als essentieller Teil einer größeren Unabhängigkeit von den Vereinigten Staaten ist eine neue, sachliche und ergebnisoffene Debatte um eine eigene europäische nukleare Abschreckung daher notwendig.

Das Ziel eines atomwaffenfreien Kontinents und der multilateralen Abrüstung muss dabei stets das ultimative Ziel europäischer Außen- und Sicherheitspolitik bleiben. Angesichts eines aggressiv agierenden russischen Nachbarn sollte jedoch klar sein, dass ein unilateraler Abschied von einem Element nuklearer Abschreckung aktuell die Souveränität der europäischen Nationalstaaten gefährden kann. In der Ukraine und Georgien hat die russische Führung ihre Bereitschaft demonstriert, politische Interessen gegenüber ihren

EUROPÄISCHE VERTEIDIGUNG - EN MARCHE! KONKRETE IDEEN FÜR MEHR INTEGRATION IN DER EUROPÄISCHEN VERTEIDIGUNGSPOLITIK

Nachbarn auch militärisch durchzusetzen. Während hierbei bislang lediglich konventionelle Mittel zum Einsatz kamen, sieht die russische Militärdoktrin die Schwelle zum Einsatz nuklearer Waffen deutlich niedriger. Durch „nukleare Deeskalation“, den frühzeitigen Einsatz taktischer Nuklearwaffen, soll demnach der Gegner zum Einlenken gezwungen werden. Tatsächlich üben russische Streitkräfte regelmäßig nukleare Offensivszenarien, unter anderem gegen Warschau und Stockholm, und hochrangige russische Politiker scheuen sich nicht vor der Androhung atomarer Konsequenzen, so etwa im Falle eines schwedischen NATO-Beitritts. Solange also ein Nachbar Europas die internationale Ordnung herausfordert und auch den offensiven Einsatz von Kernwaffen als fundamentalen Teil seines strategischen Kalküls betrachtet, kann die EU es sich nicht leisten, auf die Fähigkeit der nuklearen Abschreckung zu verzichten.

Limitierungen und Handlungsspielräume

Neben einer Öffentlichkeit, die aus verständlichen Gründen Nuklearwaffen mit Unbehagen und Abneigung gegenübersteht, stecken internationale Verträge und der normative Aspekt der europäischen Bemühungen um die Nichtverbreitung von Massenvernichtungswaffen den Handlungsspielraum in diesem Kontext ab. Mit dem Atomwaffensperrvertrag verzichten Unterzeichnerstaaten, die nicht bereits im Besitz derartiger Waffen waren, auf den Transfer und Neu-Erwerb von Atomwaffen. Ein Bruch dieser Verträge durch die Neu-Entwicklung nuklearer Fähigkeiten von Seiten einzelner Mitgliedstaaten oder der EU würde fraglos ein katastrophales Signal senden und diplomatische Bemühungen um die Eindämmung der nordkoreanischen und iranischen Atomprogramme konterkarieren. Die Lösung dieses Dilemmas stellt deshalb nur die politische Beteiligung gewillter europäischer Staaten an einem bereits bestehenden Programm dar.

Spätestens seit der Aktivierung des Artikel 50 durch die britische Regierung ist klar, dass eine gemeinschaftliche europäische Lösung mit Großbritannien keine Option mehr ist. Unter Nicolas Sarkozy hat Frankreich hingegen bereits im Jahr 2007 eine deutsche politische Teilhabe an seiner *force de frappe* ins Spiel gebracht. Diese Überlegungen, die in der französischen Bürokratie

sicherlich nach wie vor Anklang finden, gilt es nun nach Amtsantritt von Präsident Macron wieder aktiv aufzugreifen und auszugestalten. Das Projekt einer gemeinsamen nuklearen Abschreckung würde darüber hinaus die Entwicklung eines gemeinsamen Verständnisses der eigenen Sicherheit weiter anregen und darüber hinaus dem europäischen Integrationsprozess neuen Schub geben.

Das Konzept der minimalen Abschreckung

Die enorme Größe des amerikanischen Nukleararsenals ist auch die Konsequenz seiner Schutzversprechen für Europa und den Pazifik und somit von hohen Kosten geprägt. Ein französisch-europäisches Programm sollte limitierter angelegt sein. Als Vorbild sollte die chinesische minimal deterrence dienen, welches weniger dem Prinzip der mutually assured destruction folgt, sondern allein auf die Befähigung zum verheerenden nuklearen Zweitschlag baut. Diese strategischen Rahmenmaßnahmen sollten das klare Signal senden, dass es sich beim Aufbau des europäischen nuklearen Schutzschirms nicht um neues Großmachtstreben, sondern um minimal angelegte Rückversicherungsmaßnahmen Europas handelt.

Eine Schlüsselfrage im Rahmen der ENC liegt in den Befehls- und Kontrollstrukturen. Eine pragmatische Lösung kann das derzeitige vertrauensbasierte Verhältnis zu den USA replizieren und um das Element europäischer Richtlinien für den Kernwaffeneinsatz ergänzen. Der französische Präsident erhält die operative Kontrolle als Kommandeur des europäischen nuklearen Schutzschirms, die politischen und strategischen Rahmenbedingungen des Schirms aber werden durch ein demokratisch legitimiertes, europäisches Gremium, einen „Europäischen Sicherheitsrat“, festgelegt.

Darüber hinaus findet eine Kontrolle durch die Integration von Trägersystemen in die nationalen Befehls- und Kontrollstrukturen statt. Eine Stationierung der französisch-europäischen Atombomben außerhalb Frankreichs ist hierbei ein essentieller Schritt, um eine geteilte Kontrolle über Systeme zum Einsatz der Waffen zu erreichen. Kompensiert würde Frankreich dafür durch eine Teilung der Kosten für das Programm.

3. DIE VERFASSERINNEN



LUDWIG BILLER

Ludwig arbeitet als Berater im Bereich Public Management in Berlin. Zu seinen vorigen Arbeitsstationen im öffentlichen und privaten Sektor zählen das United Nations Environment Programme und Software Start-Up Beamery in London. Er hat Politik- und Verwaltungswissenschaften (BA) an der Universität Konstanz und International Relations (Msc.) an der London School of Economics and Political Science studiert.



CHRISTIAN FREUDLSPURGER

Christian hat in München und Paris Politikwissenschaften und Europastudien studiert und promoviert seit 2014 an der Berlin Graduate School for Transnational Studies zur Außenhandelspolitik der Europäischen Union. Er ist seit 2015 Co-Präsident von Polis180 und engagiert sich im Programm Europäische Union.



DOMINIC GOHLA

Dominic studiert Public Policy an der Hertie School of Governance mit einem Fokus auf Außen- und Sicherheitspolitik. Nach Praktika im Bundesministerium der Verteidigung, bei der NATO, beim Global Public Policy Institute (GPPi) sowie einer politischen Beratungsagentur wird er im Herbst seinen Master mit einem Austauschsemester an der Higher School of Economics in Moskau weiterführen.



GESINE HÖLTMANN

Gesine hat sich im Rahmen ihres Bachelorstudiums am University College Maastricht umfassend mit europäischer Außenpolitik beschäftigt. Sie interessiert sich insbesondere für die strategische Entwicklung der Union als globaler Akteur. Bei Polis180 ist sie als aktives Mitglied des EU-Programms tätig und arbeitet derzeit als Praktikantin im EU-Bereich der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik.



CHRISTIAN JESKE

Christian arbeitet bei Hering Schuppener Consulting in Berlin und berät Kunden zur strategischen Positionierung im politisch-regulatorischen Umfeld. Zuvor war er im politischen und privaten Sektor tätig, u.a. beim Bundesverband der Deutschen Industrie und der Konrad-Adenauer-Stiftung. Christian hat einen Bachelorabschluss in Business Administration und ist Absolvent des Masterprogramms Politics, Administration & International Relations der Zeppelin Universität.



KILIAN NÉDÉLEC

Kilian beschäftigt sich im Rahmen seines Studiums der internationalen Beziehungen an der Hertie School of Governance in Berlin eingehend mit Themen der europäischen Sicherheitspolitik. Zuletzt war er im Rahmen eines Praxisjahres im Bundesministerium der Verteidigung tätig und beschäftigte sich dort mit Digitalisierung.



PAUL VON SALISCH

Paul schließt nach einem Praxisjahr in der militärpolitischen Abteilung des Bundesministerium der Verteidigung seinen Master of Public Policy an der Hertie School of Governance ab. Neben Außen- & Sicherheitspolitik liegt sein Fokus auf EU-Russland Beziehungen, insbesondere in Bezug auf Energiesicherheit. Bei Polis 180 ist er seit Anfang Juli als Community Manager tätig.



ELYSSA SHEA

Elyssa ist wissenschaftliche Mitarbeiterin an der Freien Universität Berlin in der Arbeitsstelle Europäische Integration. In ihrem Masterstudium in "EU Politics" an der London School of Economics hat sie ihren Fokus auf EU-Russland Beziehungen und europäische Verteidigungspolitik gelegt. Sie arbeitet zurzeit an Projekten, die sich mit den Beziehungen zwischen der EU und den Ländern der östlichen Partnerschaft befasst.



NIKOLAUS SCHEFFEL

Nikolaus studierte Rechtswissenschaften an der Freien Universität Berlin und dem King's College London, bevor er seine Tätigkeit als wissenschaftlicher Mitarbeiter am Lehrstuhl für Öffentliches Recht und Europarecht (Prof. Dr. Christian Calliess) aufnahm. Seine Interessen liegen unter anderem im europäischen und deutschen Verfassungsrecht. Seit 2015 promoviert er im Bereich der GSVP.

Berlin, Juli 2017

Veröffentlicht von Polis180 e.V.

Dieses Polis Paper gibt ausschließlich die Meinung der Autorinnen und Autoren wieder. Die Verantwortung für den Inhalt liegt bei den AutorInnen.

POLIS180

Der Grassroots-Thinktank Polis180 übersetzt wissenschaftliche Erkenntnisse für politische EntscheidungsträgerInnen. Ideen, Analysen und Lösungsansätze unserer Generation bringen wir durch innovative, partizipative und inklusive Ansätze in den politischen Diskurs ein. In thematischen Programmen und mit neuen und kreativen Formaten entwickeln wir echte Alternativen für eine konstruktive Außen- und Europapolitik.

POLIS180

FRIEDRICHSTRASSE 183

10117 BERLIN

WWW.POLIS180.ORG

INFO@POLIS180.ORG

POLIS180 e.V.
FRIEDRICHSTRASSE 180, 1. OG
10117 BERLIN

www.polis180.org
info@polis180.org
www.facebook.com/Polis180.de
twitter: @polis180